VR-05-076 Zukunft sichern – ökologisch, gerecht, wettbewerbsfähig

Antragsteller*in: Armin Grau (KV Rhein-Pfalz)

Änderungsantrag zu VR-05

Von Zeile 75 bis 78:
Mit dem Rentenpaket II hat die Bundesregierung das Rentenniveau bis 2031 bei 48 % eingefroren. ~~Kurzfristig schafft das Sicherheit, langfristig aber explodieren die Beitragssätze. Hinzu kommt die neue Mütterrente III, die zusätzliche Milliarden kostet, ohne das System zukunftsfester zu machen.~~Wir wollen das Rentenniveau bei mindestens 48% stabilisieren, um der heute bereits hohen Altersarmut entgegenzuwirken und das Vertrauen in die gesetzliche Rente zu stärken. Außerdem treten wir für die Garantierente anstelle der aktuellen Grundrente ein. Wir wollen Prävention und Rehabilitation stärken, um den Menschen eine längere Erwerbstätigkeit zu ermöglichen und einen flexibleren Renteneintritt mit stärkeren Anreizen länger zu arbeiten. Wer aus gesundheitlichen Gründen nicht bis zum Renteneintrittsalter erwerbstätig sein kann, soll ohne Abschläge in Rente gehen können. Um einen stärkeren Anstieg der Beitragsätze zu verhindern, müssen die nicht beitragsgedeckten Leistungen wie die Mütterrente I und II endlich aus dem Haushalt bezahlt werden. Außerdem braucht es dafür eine Weiterentwicklung der Rentenversicherung nach dem Prinzip Bürger*innenversicherung, in die alle Bürger*innen, unabhängig vom Erwerbstatus und auf alle Einkommensarten, einzahlen – fair, solidarisch und generationengerecht. Damit bleibt die Rente stabil, ohne die Jüngeren zu überlasten.

Begründung

Das Rentenniveau betrug früher über 60%, durch die Riester-Reformen ist es von 53% auf 48% gefallen, ohne dass betriebliche oder private Altersvorsorge dieses Defizit ausgeglichen hätten. Die Armutsgefährdungsqote ist in den 10er Jahren deutlich gestiegen und liegt heute bei fast 20%. Eine weitere Senkung des Rentenniveaus würde zu einer starken Ausweitung der Altersarmut führen, viele Ältere müssten Grundsicherung beantragen. Das wäre ungerecht und würde das Vertrauen in unsere sozialen Sicherungssystem deutlich schwächen. Eine weitere wichtige Maßnahme zur Bekämpfung der Altersarmut ist die Grüne Garantierente, die im Vergleich zur heutigen Grundrente deutlicher Verbesserungen für Versicherte mit mindestens 30 Versicherungsjahern schafft. Derzeit steigt das tatsächliche Renteneintrittsalter deutlich, zuletzt auf rund 64,7 Jahre. Viele Menschen schaffen es aber aus gesundheitlichen Gründen nicht, bis zur gesetzlichen Renteneintrittsalzter zu arbeiten. Hier ist es wichtig, Reha und Prävention zu stärken und flexiblere Rentenübertritte zu schaffen, um ein längeres Arbeiten in guter gesundheit zu ermöglichen. Eine Bezahlung nicht-beitragsgedeckter Leistungen wie der Mütterrente I und II aus dem Haushalt entlastet die Beitragsätze und ist generationengerecht, da auch Rentner*innen heute über ihre Steuern zur Finanzierung beitragen. Eine weitere Entlastung schafft die Bürger*innenversicherung, in die alle Bürger*innen, unabhängig vom Erwerbstatus und auf alle Einkommensarten, einzahlen. Mit diesen Maßnahmen schaffen wir faire, solidarische und generationengerechte Lösungen.

Auch der nächste Absatz soll dann gestrichen werden.

weitere Antragsteller*innen

Wolfgang Strengmann-Kuhn (KV Frankfurt); Beate Müller-Gemmeke (KV Reutlingen); Daniel Pfeiffer (KV Offenbach-Stadt); Ursula Richter (KV Offenbach-Stadt); Ute Ernst (KV Neuwied); Esther Drewsen (KV

Nordfriesland); Michael Opielka (KV Rhein-Sieg); Ruth Wagner (KV Teltow-Fläming); Bärbl Mielich (KV Lüchow-Dannenberg); Birgit Stupp (KV Ahrweiler); Okka Senst (KV Rhein-Hunsrück); Dominik Stöhr (KV Mayen-Koblenz); Daniel Köbler (KV Mainz); Stephan Buchner (KV Mainz-Bingen); Brigitte Abraham (KV Frankfurt); Karen Haltaufderheide-Uebelgünn (KV Ennepe-Ruhr); Ingrid Bäumler (KV Cochem-Zell); Marcus Schmitt (KV Frankfurt); Felicitas Lehr (KV Pirmasens); sowie 31 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.